



Erkenntnisse und Schlussfolgerungen aus dem Projekt Intapart: Praxisempfehlungen und Gesetzesentwurf

Prof. Dr. Michelle Cottier, Faculté de droit, Université de Genève

Dr. Brigitte Müller, Hochschule für Soziale Arbeit FHNW

Forschungsprojekt Intapart: Integrität, Autonomie und Partizipation – wie erleben Kinder und Eltern den Kindesschutz?

Hintergrund:

- Nationales Forschungsprogramm 76 „Fürsorge und Zwang“ SNF

Forschungsgruppe:

- Universität Genf: Prof. Michelle Cottier, Prof. Philip Jaffé, Dr. Gaëlle Aeby, Dr. Gaëlle Droz-Sauthier
- Hochschule für Soziale Arbeit FHNW: Prof. Kay Biesel, Prof. Stefan Schnurr, Dr. Brigitte Müller, lic. phil. Aline Schoch
- Forschungspartnerin: Dr. Loretta Seglias

Themen und Fragen:

- Wie erleben Kinder und Eltern den Kindesschutz? Was erfahren sie als hinderlich oder förderlich in Bezug auf Integrität, Autonomie und Partizipation?
- Wie verhalten sich der rechtliche Rahmen, die Gestaltung der Verfahren, das professionelle Handeln und das Erleben von Kindern und Eltern zueinander?

Intapart: Design und Ziele

Intapart – wie erleben Kinder und Eltern den Kinderschutz?

- Kooperation Universität Genf und Hochschule für Soziale Arbeit FHNW/2019-2023
- 3 Teilstudien, interdisziplinär, sprachregionenübergreifend

Rechtliche Analyse

- Rechtsgeschichte ZGB
- 'turning points' (z.B. rechtliche Stellung des Kindes), Innovative Modelle der Beteiligung

Historische Analyse

- Zeitzeug*innen
- Erleben/Perspektive der Betroffenen

Sozialwissenschaftliche Studie

- Gegenwärtige Kinderschutzpraxis
- Erleben von Kindern und Eltern
- Umsetzung Beteiligung

Ziele: Was soll damit erreicht werden?

- Generierung von **Wissen** dazu, wo der Schweizer Kinderschutz im Hinblick auf die Beteiligung von Eltern und Kindern steht
- **Impulse** für den wissenschaftlichen, rechtlichen und fachlichen Diskurs rund um Partizipation
- Hinweise für die **Praxis** des Kinderschutzes, welche Bedingungen Kindern und Eltern Partizipation ermöglichen

> **Praxisempfehlungen, Leitlinien, Standards für partizipativ orientierten Kinderschutz**

> **Entwurf/Vorschlag neues Verfahrensgesetz im Kinderschutz**

Ergebnisse und Erkenntnisse aus der empirischen Studie von Intapart: Elemente partizipativ orientierter Kindesschutzverfahren

Spannungsfelder partizipativ orientierter Kindesschutzverfahren

Partizipation? Unbedingt!

- Partizipation als Recht (KRK, ZGB) und demokratisches Grundprinzip (Schnurr 2018)
- Partizipation als Grundbedürfnis im Sinn von Autonomie, Selbst- und Mitbestimmung (Daly 2018)
- Partizipation als Wirkfaktor hinsichtlich der Tragfähigkeit und Stabilität von Massnahmen und Hilfen (Barnes 2012)
- Partizipation als Schutzfaktor im Kontext von Selbstwirksamkeit und agency (Leeson 2007; Vis et al. 2011)

Partizipation? Schon, aber ...

- Partizipation im Zwangskontext? (Tisdall 2016)
- Partizipation in hochbelasteten, krisenhaft zugespitzten Situationen? (Van Bijleveld et al. 2015)
- Partizipation als Überforderung und Zusatzbelastung für Kinder/Jugendliche? (Toros 2020)
- Partizipation als unklares, beliebig bis mangelhaft definiertes Konzept zwischen «Formsache» bis «Mitentscheiden» (Collins 2017)
- Partizipation als ein individuell zu gewichtender Aspekt in unterschiedlichsten Fallkonstellationen (Kriz & Roundtree 2017)

Ergebnisse empirische Studie Intapart (1)

Kinder

Fehlende Informationen und/oder fehlendes Verstehen:

- keine Kenntnis von Handlungsspielräumen und Rechten
- Risiko, in eine passive Rolle zu geraten, Marginalisierung
- Informationen als wichtige, aber nicht die einzige Voraussetzung für Partizipation



Eltern

- Schriftliche Kommunikation, Rechtsbegriffe und abstrakte Sprache als Hürde
- Fehlende Kenntnis/Verständnis von:
 - Rolle KESB (und Soziale Dienste)
 - Verfahrensablauf
 - Hilfesystem, Hilfen und Massnahmen

Fachpersonen

- Unterschiedliche Vorgehensweisen
- Herausforderung: genügend und relevante, aber nicht zu viele Information geben, zum richtigen Zeitpunkt
- Wiederholte Klärungen nötig, schwierig sicherzustellen, ob die Informationen verstanden wurden
- Begründeter Verzicht auf ausführliche Informationen/Einbezug von Kindern: übermässige Belastung, Risiko von Retraumatisierung, Loyalitätskonflikte

«Informationen erhalten und verstehen»

Ergebnisse empirische Studie Intapart (2)

Kinder

- Grosse Bandbreite an Erfahrungen: wenig Raum für persönliche Begegnung gegenüber vertrauensvollen Beziehungen zu Fachpersonen
- Vertrauen fehlt oft, Kinder und Jugendliche befürchten, das Verfahren könne für sie und vor allem für ihre Familie negative Konsequenzen haben

Eltern

- Verfahren als per se «integritätsbedrohendes Setting»
- Gefühl, als Mutter/Vater nicht ernstgenommen und respektiert zu werden, Stress, Scham und Ängste
- Eigene Sichtweisen und Problemdeutungen werden nicht validiert
- «Vertrauenspersonen» federn Belastungen ab, und unterstützen Orientierung

Fachpersonen

- Spannungsfeld: Interesse an der Familie, ihren Interessen und ihrer Lebenswelt zeigen **vs.** «zu private» Dinge fragen, die für die Einschätzung KW nicht relevant (genug) sind
- Zuschreibungen und Erfahrungen wie Eltern «wollen nicht», «können nicht», «verstehen nicht»
- Zeitdruck

«Sich gesehen und gehört fühlen»

Ergebnisse empirische Studie Intapart (3)

Kinder

- Wichtig: Ansprechpersonen haben, sich selbst melden können
- Kinder und Jugendliche werden nicht als eigenständige Personen adressiert (eher als «Informationsquellen»)
- Generell: Partizipation wird als sehr begrenzt erlebt, «Mitsprache» als formaler/technischer Aspekt des Verfahrens

Eltern

- Meinung wird erfragt, hat aber kein Gewicht
- Partizipation dann, wenn es im Verfahren deliberative Momente gibt (Problemdefinition, Unterstützungsbedarf, Massnahmen)
- Aushandlungsprozesse bezüglich Dauer von Verfahrensschritten
- Wenig Berücksichtigung elterlicher «Expertise»

Fachpersonen

- Eltern: beschäftigt mit eigenen Problemen, Widerstand, Voreingenommenheit, Ängste
- Kinder/Jugendliche: Loyalitätskonflikte, Widerstand (der Eltern), Ängste (eigene, die der Eltern), zu grosse Belastungen (durch Situation, aber auch durch Verfahren), Überforderung
- Behörden: fehlende Kompetenzen, fehlendes Wissen zu Methoden und Hilfsmitteln, fehlende Ressourcen
- Fokussierung auf Eltern

«Mitreden und Einfluss nehmen»

Ergebnisse empirische Studie Intapart (4)

Kinder

- Wahrnehmung, dass ihre Meinung und Sichtweisen kaum Einfluss auf den behördlichen Entscheid haben und sie in dem Verfahren nicht viel zu sagen hatten
- Fehlende Transparenz und Ungewissheit über Entscheidungsprozess

Eltern

- Häufig fehlendes Verständnis für Entscheid, fehlende Nachvollziehbarkeit
- Geringe Akzeptanz der Massnahmen, Schein-kooperation
- Massnahmen werden als Belastung erlebt
- KESB wird als «Partner» erlebt, wenn Hilfebedarf anerkannt und Lösungen schon vor Entscheid angeboten werden

Fachpersonen

- Unterschiedliche Vorgehensweisen bei Kommunikation über Entscheid
- Entscheidkommunikation vs. Entscheidbegründung

«Entscheidungen nachvollziehen»

Praxisleitlinien: Elemente partizipativ orientierter Kindesschutzverfahren

Information	Dialog	Aushandlung	Entscheidung
<ul style="list-style-type: none">– Grund des Verfahrens– Ablauf, Dauer, Ziele und mögliche Ergebnisse des Verfahrens– Rollen von Personen und Institutionen– Normen («Kindeswohl»)– Pflichten, Rechte und Rechtsvertretung– Hilfen, Leistungen, Massnahmen– Unterstützung <p>Wiederholen</p>	<ul style="list-style-type: none">– Beteiligte Personen kennen lernen– Entwickeln von und Austausch über Sichtweisen auf «das Problem» und mögliche Lösungen– Möglichkeiten und Grenzen– Ambivalenzen <p>Fragen und Zuhören</p>	<ul style="list-style-type: none">– Artikulieren und Austausch von Präferenzen– Diskussion, Pro & Contra– Alternativen!– Verhandeln <p>Diskutieren und Klären</p>	<ul style="list-style-type: none">– Begründung– Nachvollziehbarkeit– Transparenz– Auskunft zur Gewichtung von Perspektiven– Orientierung am Wohl des Kindes <p>Offenlegen</p>

Entwicklung Praxisleitlinien: TBDs und aktuelle Themen im Forschungsteam

- In welchen Verfahrensschritten und -phasen (Eröffnung, Abklärung, Anhörung, Entscheidungsfindung, Entscheidkommunikation) werden **welche Elemente wie gewichtet?**
- Wie kann nach Leitlinien/Standards gearbeitet werden unter Berücksichtigung der **Heterogenität der Fälle**, der Problemstellungen und Lebenssituationen der Familien sowie der unterschiedlichen Bedürfnisse, Erwartungen, Fähigkeiten von Kindern und Eltern?
- Wie kann sichergestellt werden, dass im Verfahren für Eltern und Kinder ein Raum geschaffen wird, um **eigene Problemsichten** zu entwickeln, sich über den eigenen Unterstützungsbedarf und die eigenen Unterstützungserwartungen klar(er) zu werden und eigene Lösungsideen zu entwickeln?
- Welche **Methoden** gibt es, die Fachpersonen darin unterstützen, Kindesschutzverfahren partizipativ zu gestalten?

Ergebnisse und Erkenntnisse aus der rechtswissenschaftlichen Analyse Hin zu einem neuen Verfahrensgesetz im Kinderschutz

Ergebnisse und Erkenntnisse aus der rechtswissenschaftlichen Analyse

- Erstes Kindesschutzrecht für die ganze Schweiz im **Zivilgesetzbuch von 1912**.
 - Probleme bei der Rechtsanwendung: Ungleiche Behandlung, Verletzung von Grundrechten (vgl. historische Teilstudie).
 - Gründe im Bereich der Rechtsnormen und Institutionen: zu grosser Auslegungsspielraum, fehlende Absicherung der Verfahrensrechte der Betroffenen, fehlende Ausbildung der Anwender:innen.
- **1981: Reform nach der Ratifizierung der Europäischen Menschenrechtskonvention**, Stärkung der Verfahrensrechte bei der Unterbringung von Kindern in einem Heim.
- **2000: Reform nach Ratifizierung der Kinderrechtskonvention**, noch zaghafte Anerkennung der Kindes als Subjekt

Ergebnisse und Erkenntnisse aus der rechtswissenschaftlichen Analyse

- **Reform des Erwachsenenschutzes von 2013:** Prinzip der interdisziplinären Zusammensetzung und Professionalität der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde
- **Sicherung grundlegender Verfahrensrechte,** erstmals explizite Regelung der Kindesvertretung im Kindesschutzverfahren.
- **Aber: mangelnde Ausrichtung am Kind, am Kindesschutz und an der Bearbeitung von Konflikten in Familien:** Fehlen einer umfassenden Regelung für das Kindesschutzverfahren, zahlreiche Verweise auf den Erwachsenenschutz
- **Fehlende Transparenz und Zugänglichkeit:** Das Verfahren vor der Kindesschutzbehörde ist in einem Flickenteppich von Normen geregelt. Komplexes Zusammenspiel von Zivilgesetzbuch, Zivilprozessordnung und kantonalem Recht.

Ergebnisse und Erkenntnisse aus der rechtswissenschaftlichen Analyse

- **Kind:** zu wenig explizite, detaillierte und verbindliche Regelung der Rechte des Kindes im Verfahren
 - Keine umfassende Regelung der **Partizipation des Kindes** im Verfahren
Art. 314a Anhörung, Art. 314a^{bis} ZGB Vertretung explizit geregelt, darüber hinaus alle Rechte der «betroffenen Person» über Verweis in Art. 314 Abs. 1 ZGB auf Art. 447 ff. ZGB.
 - **Kindesvertretung** zu wenig verbindlich geregelt
 - **Eltern:** keine explizite Erwähnung, aber alle Rechte der «betroffenen Person»
Verweis in Art. 314 Abs. 1 ZGB auf Art. 447 ff. ZGB.
- Es fehlt heute ein für die ganze Schweiz vereinheitlichtes Verfahrensgesetz für das Kindes- (und Erwachsenenenen-)schutzrecht.

Eckpunkte eines Verfahrensgesetzes für den Kinderschutz

Definition von Grundprinzipien:

- Autonomie
- Partizipation
- Integrität und Würde
- Kindesinteresse und Kindeswohl
- Verhältnismässigkeit
- Zugänglichkeit
- Gleichheit und Diskriminierungsverbot
- Prinzipien bezüglich Qualifikation der Fachpersonen

Eckpunkte eines Verfahrensgesetzes für den Kinderschutz

- Explizite Regelung aller **Rechte des Kindes** und aller **Rechte der Eltern** im Verfahren
- **Regelung des Partizipationsrechts:**
 - Detaillierte Regelung der **Partizipationspraxis**
 - **Inhalte von Partizipation:** Information über Massnahmen und Verfahren, Einbezug der Anliegen und Wünsche von Eltern und Kindern, ...
 - **Konkrete Umsetzung:** Ablauf und Inhalte der ersten und zweiten Anhörung von Eltern und Kindern, angemessene Sprache, Kombination von schriftlicher und mündlicher Kommunikation ...

Eckpunkte eines Verfahrensgesetzes für den Kindesschutz

- **Stärkung der Vertretung des Kindes**
 - Ernennung einer Kindesvertretung ab dem Moment der **Verfahrenseröffnung**
 - **Pflicht zur Ernennung** in bestimmten Fällen:
 - Das urteilsfähige Kind kann selbst eine Vertretung verlangen, in diesem Fall ist die Kindesvertretung obligatorisch.
 - Die Kindesvertretung ist ebenfalls obligatorisch bei einem Entzug des Aufenthaltsbestimmungsrechts (Art. 310 ZGB) oder der elterlichen Sorge (Art. 311 f. ZGB).
 - Klärung der **Rolle** der Kindesvertretung.
 - Vorschriften zur **Ausbildung** der Kindesvertretung.
 - **Kostenlosigkeit.**

Eckpunkte eines Verfahrensgesetzes für den Kinderschutz

- **Verbesserung des Zugangs zur Justiz (vereinfachtes Rekursverfahren)**
- **Neue Möglichkeit der Peer-Begleitung im Verfahren für Kinder und Eltern**
- **Neue Ombudsperson für den Kinderschutz?**

- Barnes, V. (2012). Social work and advocacy with young people: Rights and care in practice. *British Journal of Social Work*, 42:7, 1275–1292.
- Bouma, H., López López, Mónica, Knorth, E. J. & Grietens, H. (2018). Meaningful participation for children in the Dutch child protection system: A critical analysis of relevant provisions in policy documents. *Child Abuse & Neglect*, 79: 279–92.
- Collins, T.M. (2017). A child's right to participate: Implications for international child protection. *The International Journal of Human Rights*, 21:1, 14–46.
- Daly, A. (2018). *Children, autonomy and the courts: Beyond the right to be heard*. Leiden: Brill/Nijhoff.
- Križ, K. & Roundtree, D. (2017). "We are merchandise on a conveyer belt": How young adults in the public child protection system perceive their participation in decisions about their care. *Children and Youth Services Review*, 78, 32–40.
- Leeson, C. (2007). My life in care: experiences of non-participation in decision-making processes. *Child & Family Social Work*, 12:3, 268– 277.
- Sauthier, G. & Cottier, M. (2020). L'impact des droits humains en matière de placement de l'enfant en droit civil suisse (première partie). *FamPra*, 890–938.
- Schnurr, S. (2018). Partizipation. In: Grasshoff, G., Renker, A., Schröer, W. (Hrsg.), *Soziale Arbeit*. Springer VS, Wiesbaden.
- Schoch, S., Aeby, G., Müller, B., Cottier, M., Seglias, L., Biesel, K., Sauthier, G. & Schnurr, S. (2020). Participation of children and parents in the Swiss child protection system in the past and present: An Interdisciplinary Perspective. *Social Sciences*, 8/2020, 148.
- Tisdall, E. K. M. (2016). Subjects with agency? Children's participation in family law proceedings. *Journal of Social Welfare and Family Law*, 38:4, 362–379.
- Toros, K. (2020). Children's Participation in Decision Making From Child Welfare Workers' Perspectives: A Systematic Review. *Research On Social Work Practice*, 34, 367–374.
- Van Bijleveld, G. G., Dedding, C. W. M., & Bunders-Aelen, J. F. G. (2015). Children's and young people's participation within child welfare and child protection services: A state-of-the-art review. *Child & Family Social Work*, 20(2), 129–138.
- Vis, S.A., Strandbu, A., Holtan, A. and Thomas, N. (2011). Participation and health – a research review of child participation in planning and decision-making. *Child & Family Social Work*, 16, 325–335.